

Schweiz



Auch die hohen Preise müssen wir schlucken: Medikamente sind in der Schweiz deutlich teurer als im Ausland. Foto: Getty Images

So viel mehr kosten Pillen in der Schweiz tatsächlich

Gesundheitspolitik Das Parlament entscheidet bald über neue Medikamentenpreise. Die Unterschiede zum Ausland sind in der Praxis oft grösser, als die Statistik suggeriert.

Fabian Renz

Magenbrennen oder Kopfschmerzen sind eine unangenehme Sache – und in der Schweiz sind sie noch unangenehmer als im Ausland, jedenfalls in finanzieller Hinsicht. Nicht nur kosten Medikamente gegen Schmerzen und Alltagsbeschwerden hierzulande deutlich mehr als jenseits der Grenze. Die Preisunterschiede sind in der Praxis sogar oft noch deutlich grösser, als die Statistiken suggerieren. Das zeigt ein Vergleich zwischen der Schweiz und Deutschland, den der Krankenkassenverband Santésuisse aufbereitet hat und der dieser Redaktion vorliegt.

Wer beispielsweise in einer Schweizer Apotheke den Blutdrucksenker Amlodipin ersticht, zahlt mitunter das Fünffache dessen, womit er in einer deutschen Verkaufsstelle zu rechnen hätte. Beim Wirkstoff Atorvastatin (gegen hohe Cholesterinwerte) kann der Schweizer Preis sogar 6,5-mal so hoch sein wie in Deutschland.

Warum diese Differenzen? Üblicherweise erhält man in Deutschland und vielen anderen Ländern ein Generikum – also ein Arzneimittel, das die gleichen Wirkstoffe wie ein bereits früher zugelassenes Präparat mit abgelaufenem Patentschutz enthält. Gemäss OECD sind vier von fünf verkauften Medikamenten aus dem entsprechenden Segment in Deutschland Generika. In der Schweiz hingegen ist es gerade mal eines von fünf. Der Generika-Anteil liegt hier bei lediglich 23 Prozent – damit findet sich die Schweiz im europäischen Vergleich am Ende der Rangliste.

In offiziellen Preisvergleichen werden üblicherweise die Schweizer und die ausländischen

Generika-Preise einander gegenübergestellt. Die Sache sieht dann weniger dramatisch aus, zumal Generika in der Schweiz «nur» rund doppelt so teuer wie in vergleichbaren Staaten sind. Dieser kleinere Unterschied entspreche aber meist nicht der erlebten Realität der Konsumenten, die eine Apotheke besuchen, hält man bei Santésuisse fest.

Dass in der Schweiz mehr Originalpräparate verkauft werden, hat verschiedene Gründe. Materielle Anreize für die Verkäufer sind einer davon: Spitäler, Ärzte,

Apotheker und Logistiker verdienen mehr, wenn sie teurere Medikamente absetzen. Die Marge für die Händler beträgt beim erwähnten Beispiel Atorvastatin 30 Franken pro verkaufte 100 Stück Originalpräparat – bei den Generika nur 22 Franken.

Debatte über Preisdeckelung

Fakt ist ausserdem: Für Medikamente zahlt auch, wer selber nie welche einnimmt. Die von den Kassen vergüteten Pillen schlagen auf die Prämie der Krankenversicherung durch. Aus diesem Grund wird um die Medikamen-

tenpreise derzeit politisch intensiv gerungen. Die nationalräthliche Gesundheitskommission startet heute Donnerstag mit der Debatte über ein Preissystem, von dem sich der Bundesrat hohe Einsparungen erhofft. Im Kern sieht es vor, dass für Wirkstoffe künftig ein Referenzpreis gilt. Die Krankenkassen müssten maximal noch diesen Betrag bezahlen. Ein teureres Produkt würde nur vergütet, wenn der Arzt dies medizinisch begründen kann.

Pharmafirmen warnen

Der Systemwechsel ist allerdings hoch umstritten. Santésuisse befürwortet ihn vehement: Die Prämienzahler sparen damit «auf einen Schlag rund 400 Millionen Franken pro Jahr – ganz ohne Qualitätseinbussen», sagt Direktorin Verena Nold. Dagegen warnt die Vereinigung Pharmafirmen in der Schweiz vor einer «unsozialen Zweiklassenmedizin». Familien aus bescheidenen Verhältnissen, Rentner und Menschen mit geringem Einkommen müssten womöglich auf Medikamente ausweichen, die nicht optimal ihren Bedürfnissen entsprächen. Dies laufe auf eine «Entsolidarisierung im Gesundheitssystem» heraus. Überdies seien die Generikapreise zuletzt gesunken.

Wem auch immer das Parlament folgt: Auf absehbare Zeit werden die Medikamentenpreise in der Schweiz höher bleiben als im Ausland. Allein schon die kompliziert berechneten Fabrikabgabepreise, die den Hauptanteil des Endpreises ausmachen, sind hierzulande deutlich höher. Wer also von akuten Beschwerden geplagt wird und zugleich grössten Wert aufs Geld legt, kommt um einen Einkaufstrip ins Ausland nicht herum.

SVP-Zentrale blamiert eigene Aussenpolitiker

Migrationspakt Parteivertreter sollten Antrag unterstützen, der nicht eingereicht wurde.

Die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats hat am Montag die Mitgliedschaft der Schweiz beim umstrittenen UNO-Migrationspakt besprochen. Das Thema wurde bereits 2018 hitzig diskutiert, denn der Bundesrat wollte den Pakt unterzeichnen, ohne dass das Parlament darüber hätte entscheiden können. Angesichts des Widerstands aus dem Parlament verzichtete der Bundesrat vorerst auf seine Unterschrift. Die Frage, wie es mit dem Pakt weitergehen soll, wurde für den ersten Sitzungstag der Aussenpolitischen Kommission traktantiert. Dort kam es zu skurrilen Szenen – eine Geschichte in drei Akten:

1. Akt: Das Communiqué

Das SVP-Generalsekretariat in Bern nahm die Kommissionsitzung als Anlass, das Thema Montagmittag mit einer Medienmitteilung öffentlich zu befeuern: «Die SVP reicht morgen in der nationalrätlichen Aussenpolitischen Kommission den Antrag ein, den Entscheid über den UNO-Migrationspakt dem fakultativen Referendum zu unterstellen.» So könne die Bevölkerung darüber entscheiden, ob sie «die ungerechteste Zuwanderung von Wirtschaftsmigranten – insbesondere aus Afrika» – wolle oder nicht.

2. Akt: Die Überraschung

Dumm nur, dass zu diesem Zeitpunkt das Thema in der Kommission bereits besprochen war und die SVP-Vertreter in der Kommission den von der Zentrale erwünschten Antrag gar nicht eingereicht hatten: Offenbar wurden die SVP-Aussenpolitiker um Roger Köppel von der Ankündigung aus dem eigenen Sekretariat überrascht, berichten Insider.

Der Grund dafür ist einfach. Die Diskussion in der Kommission lief anders, als sich dies die SVP-Zentrale vorgestellt hatte, als sie ihre Medienmitteilung vorfertigte. Mit den Stimmen der SVP entschied die Kommission, eine Subkommission ins Leben zu rufen. Diese solle mit vier Stände-

und sechs Nationalratsmitgliedern besetzt werden. Der Auftrag der Unterkommission: Sie soll die Folgen des Pakts für die Schweiz vertieft abklären. Beleuchten soll sie auch, wer am Schluss über die Mitgliedschaft der Schweiz beim UNO-Pakt entscheiden soll – das Parlament oder das Stimmvolk. Erst nach der Arbeit der Unterkommission sollen die Gesamtkommissionen beider Kammern Antrag an die Räte stellen, wie es mit dem Pakt weitergehen soll.

3. Akt: Der Rettungsversuch

Das überraschend verbreitete Communiqué aus der SVP-Zentrale sorgte dem Vernehmen nach für Aufregung unter der SVP-Abordnung in der Kommission. Roger Köppel habe noch versucht, die Kommunikationspanne ungeschehen zu machen, indem er den Forderungen in der Pressemitteilung nachkommen wollte.



SVP-Aussenpolitiker Roger Köppel. Foto: Keystone

Der Zürcher SVP-Nationalrat zog in Erwägung, am Dienstag, dem zweiten Tag der Kommissionsitzung, den öffentlich angekündigten Antrag noch zu stellen.

Doch damit hätte er den Kommissionsentscheid unterlaufen, die Subkommission solle sich in Ruhe über das Dossier beugen. Die SVP-Abordnung sah schliesslich davon ab. Die Partei verfehlte so auch ihr Ziel, die Vertreter von CVP und FDP unter Druck zu setzen. Denn gemäss Mitteilung erwartete die SVP von den anderen bürgerlichen Parteien, dass diese die SVP-Forderung beim Migrationspakt unterstützen.

Beni Gafner

Bundesrat erhöht Entwicklungshilfe und bleibt trotzdem unter dem Zielwert

Milliardenkredit Der Bundesrat will für die Entwicklungshilfe in den kommenden vier Jahren 11,25 Milliarden Franken bereitstellen, 140 Millionen Franken mehr als bisher. Wie er am Mittwoch mitteilte, entspricht dies 0,46 Prozent des Bruttonationaleinkommens. Die Schweiz verfehlt somit erneut den Zielwert des Parlaments von 0,5 Prozent. Zwar hatte in der Vernehmlassung – die auf Betreiben von Aussenminister Ignazio Cassis erstmals stattfand – eine Mehrheit von 55 Prozent der Teilnehmenden gefordert, den Kredit zu erhöhen. Der Bundesrat lehnt das jedoch ab, «um den aktuellen Finanzplan des Bundes einzuhalten».

Cassis spielte die Bedeutung des Werts an einer Medienkonferenz herunter. Dieser werde im Nachhinein berechnet und sei volatil: «Wichtig ist, dass wir uns um 0,5 Prozent bewegen, und wir geben mehr Geld aus als in der letzten Legislaturperiode», sagte Cassis. Pikanterweise kommu-

nizierte der Bundesrat am selben Tag, dass die Bundesrechnung 2019 mit einem Überschuss von 3,1 Milliarden statt wie erwartet 1,9 Milliarden Franken abschliesse.

Die bilaterale Entwicklungshilfe wird neu auf vier Regionen fokussiert und aus Lateinamerika zurückgezogen. Die Zahl der Schwerpunktländer der Direktion für Entwicklungszusammenarbeit sinkt von 46 auf 35, nach der Vernehmlassung wird auch Sambia weiterhin dabei sein. Zudem erhöht der Bundesrat die Mittel zur Eindämmung des Klimawandels und die Anpassung an dessen Folgen bis Ende 2024 auf 400 statt 350 Millionen Franken jährlich.

Der Bundesrat hat am Mittwoch weiter entschieden, die Beteiligungen der Schweiz an der Weltbank um 200 Millionen Franken und der Afrikanischen Entwicklungsbank um 100 Millionen Franken zu erhöhen. Damit will er die multilaterale Entwicklungshilfe stärken. (jfe)

Medikamente: Preisvergleich mit Deutschland

Preisvergleich Schweiz (CH) und Deutschland (D), Angaben in Fr., MwSt. = Mehrwertsteuer, Marge: Verdienst Arzt/Apotheker/Logistiker

Atorvastatin 40 mg (Cholesterinsenker), 100 Stück			
Originalpreis CH	150	MwSt. 4, Marge 30	
Generikapreis CH	70	MwSt. 2, Marge 22	
Generikapreis D	23	MwSt. 4, Marge 9	

Amlodipin 10 mg (Blutdrucksenker), 100 Stück			
Originalpreis CH	79	MwSt. 2, Marge 23	
Generikapreis CH	65	MwSt. 2, Marge 21	
Generikapreis D	14	MwSt. 3, Marge 8	

Citalopram 20 mg (Antidepressivum), 98 Stück			
Originalpreis CH	86	MwSt. 2, Marge 23	
Generikapreis CH	69	MwSt. 2, Marge 21	
Generikapreis D	24	MwSt. 4, Marge 9	

Pantoprazol 40 mg (Magensäurehemmer), 100 Stück			
Originalpreis CH	76	MwSt. 2, Marge 22	
Generikapreis CH	55	MwSt. 1, Marge 20	
Generikapreis D	27	MwSt. 5, Marge 9	

In Deutschland beträgt der Generikaanteil 80%, bei uns nur 23%.

Grafik: mrue/Quelle: Santésuisse